

Vom Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen erhielten die

OÖ Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr • Landstraße 3 • 4020 LINZ  
Südböhmische Mütter gegen Atomgefahr • Ceska 13 • 37001 CESKE BUDEJOVICE  
Bayerische Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahr • Oberes Bergfeld 12 • 94136 BERGFELD

am 5.7.2002 folgenden Brief

**Betreff: Tschechisches Kernkraftwerk Temelin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr an Ministerpräsident Dr. Stoiber gerichtetes Schreiben vom 02.05.2002, in dem Sie zum Kernkraftwerk Temelin (KKT) für " Ausstiegsverhandlungen" mit der Tschechischen Republik plädieren, hat die Bayerische Staatskanzlei dem Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU) übermittelt. Ein gleichlautendes Schreiben haben Sie an Staatsminister Dr. Schnappauf gerichtet, der mich gebeten hat, Ihnen zu antworten.

Die Bayerische Staatsregierung hat sich für die Sicherheit des KKT bereits seit dem Jahre 1994 mit Nachdruck in einer Vielzahl von Initiativen gegenüber dem für auswärtige Angelegenheiten der kerntechnischen Sicherheit zuständigen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), der Kommission der Europäischen Union und gegenüber der Tschechischen Republik eingesetzt, So hat sie insbesondere für dieses tschechische Kernkraftwerk den definitiven Nachweis westlicher Sicherheitsstandards gefordert.

Dass das KKT im Herbst des Jahres 2000 in Betrieb gegangen ist, ohne dass alle sicherheitsrelevanten Fragestellungen zuvor befriedigend geklärt worden waren, hat die Staatsregierung heftig kritisiert. Ich erinnere nur an das Gespräch des Bayerischen Ministerpräsidenten mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Zeman

Anlässlich des Vorkommnisses vom 07.02 2002, bei dem sich der Kraftwerksblock I des KKT im Zuge einer anhaltenden Serie von Störungen automatisch abgeschaltet hat, hat sich die Staatsregierung erneut eingehend mit der Sicherheitslage im KKT befasst. Die Staatsregierung bewertet das Ereignis als gravierend und halt einen weiteren Betrieb des KKT nicht für verantwortbar, da nicht alle Sicherheitsmängel vollständig behoben sind. In diesem Sinn hat sich das StMLU am 26.03.2002 an das BMU gewandt und dringend gebeten, auf die tschechische Seite entsprechend einzuwirken. Eine abschließende Antwort steht noch aus. Der tschechischen Seite unmittelbar vorgetragen hat das StMLU die Position der Bayerischen Staatsregierung erneut bei der letzten Sitzung der Deutsch-Tschechischen Kommission für Reaktorsicherheit und Strahlenschutz: die deutscherseits vom BMU geleitet wird.

Weitergehende Schritte auf internationaler Ebene, wie die von Ihnen eingeforderten Initiativen für eine Stilllegung dieses Kernkraftwerkes, fallen gemäß unserer verfassungsmäßigen Kompetenz ordnung in den Zuständigkeitsbereich des BMU. Die Bayerische Staatsregierung ihrerseits hat bereits alles in ihrer Macht stehende mit dem Ziel unternommen, für die bayerische Bevölkerung höchstmögliche Sicherheit zu erreichen. Die Bayerische Staatskanzlei hat einen Abdruck dieses Schreibens erhalten

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Brandmair  
Ministerialdirigent